

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2003)
Heft: 4: Ölland Schweiz : der Traum vom eigenen Erdöl und Gas

Artikel: Nein zum 30-Milliarden-Avanti-Bschiss
Autor: Hilty, Anne-Lise
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586963>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nein zum 30-Milliarden-Avanti-Bschiss

Der Avanti-Gegenvorschlag will bei der Verkehrspolitik den Rückwärtsgang einlegen: Mit einem zweiten Gotthardtunnel wird der Alpenschutz aufgehoben und die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene torpediert. Der Preis dafür: Mehr Staus, mehr Unfälle und Kosten von 30 Milliarden Franken.



Von
Anne-Lise Hilty,
Verkehrsclub
Schweiz VCS

Der Wunsch nach einer zweiten Röhre ist bei der Auto- und Lastwagenlobby schon lange vorhanden. Im Sommer 1999 reichte der ex-Autoparteiler und heutige SVP-Nationalrat (AG) Ulrich Giezendanner eine parlamentarische Initiative ein, die in der Folge von den Räten gutgeheissen wurde. Ende 2000 doppelte die Strassenlobby mit der Einreichung der Avanti-Initiative «für sichere und leistungsfähige Autobahnen» nach. Wenig glaubwürdig brachten die Initianten nach dem Lkw-Brand im Gotthardtunnel vor zwei Jahren, der elf Menschen das Leben kostete, die Sicherheit als Argument für eine zweite Röhre vor. Gleichzeitig sprachen sie sich gegen ein Kreuzungsverbot für Lkw im Tunnel aus. Hinter den Initiativen steht naturgemäss auch die Baulobby, die in einer zweiten Gotthardstrassenröhre den willkommenen Nachfolge-Grossauftrag sieht, wenn dereinst die neue Alpentransversale (Neat) fertig gestellt sein wird.

Avanti – oder die Politik des Strassenwahns

Der Bundesrat ortete die grossen Verkehrsprobleme in seinem ursprünglichen Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative jedoch nicht am Gotthard mit seinen spektakulären Autoschlängen in der Ferienzeit, sondern in Alltagsstaus in den Agglomerationen. Hier herrsche Handlungsbedarf. Anstatt der



30 Milliarden Franken zum Fenster rauswerfen: Protest-Aktion des Komitees Avanti-Nein vom 25. November 2003.

Der Milliarden-Wettbewerb

Im Kampf gegen den Wahnsinn beim Strassenbau greift das Komitee Avanti-Nein zu neuen Mitteln: Es führt einen Milliarden-Wettbewerb durch. Machen auch Sie mit! Mit einer möglichst sinnvollen und originellen Antwort auf folgende Frage:

Was würden Sie mit 30 Milliarden Franken machen?

Prämiert werden die visionärsten und originellsten Antworten. Teilnehmen kann man via Internet unter www.avanti-nein.ch, per Postkarte an Komitee Avanti-Nein, Postfach 8676, 3001 Bern, oder via Handy: Ein SMS mit dem Text AVANTINEIN plus dem Vorschlag an die Nr. 9889 (40 Rappen pro SMS) genügt.

Jeden Monat sind 6 Solaruhren zu gewinnen, in der Schlussverlosung ein SBB-Generalabonnement und 2 Halbtaxabonnemente.

Informationen und Unterstützung

Für weitere Informationen über die Kampagne: www.avanti-nein.ch
Für finanzielle Unterstützung: Postcheck-Konto 30-258828-9

Bevölkerung nun einen Vorschlag und eine gemässigte Alternative zu unterbreiten, wie sonst bei Initiativen üblich, packte das Parlament die Initiativforderungen gleich in den Gegenvorschlag des Bundesrats. So sieht das Strassenwahnprojekt nun aus:

- Aufhebung des Alpenschutzes, um den Bau einer zweiten Gotthardstrassenröhre zu ermöglichen.
- Fertigstellung des Autobahnnetzes
- Ausbau der Autobahn auf über 400 km des bestehenden Netzes.
- Kosten von insgesamt über 30 Milliarden Franken für den Bau von neuen Strassen.
- Geringfügige Mittel zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen, wovon die Hälfte dem öffentlichen Verkehr versprochen wurde.
- Äufnung eines Fonds aus Geldern der Mineralölsteuer und der Autobahnvignette, wobei für die Ersteinlage die Schuldenbremse umgangen wird und zu einer weiteren Verschuldung des Bundes führt.
- Weitgehende Entscheidungskompetenzen beim Parlament, das ohne weitere Volksbefragungen beispielsweise den Ausbau der Autobahn zwischen Genf und Lausanne sowie Bern und Zürich auf sechs Spuren beschliessen kann oder die sofortige Inangriffnahme der zweiten Gotthardstrassenröhre – obschon der Bundesrat diese als dritte Priorität erachtet.

Den Avanti-Wunschzettel mehr als erfüllt

Angesichts dieses Wunschprogramms bezogen die Avanti-Initianten ihr Anliegen zurück. Sie mussten sich wie ein Kind zu Weihnachten fühlen, das nicht nur sämtliche Wünsche auf dem Wunschzettel erfüllt bekommen hat, sondern vom Götti auch gleich noch einen Hunderter ins Kässeli.

Mit der Annahme der Alpen-Initiative, von Bahn 2000, der Finanzierung der ÖV-Infrastruktur (Finöv), der neuen Alpentransversale (Neat) sowie der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) hat die Schweizer Bevölkerung mehrfach bewiesen, dass sie eine nachhaltige Verkehrspolitik wünscht. Entsprechend ist diese in Verfassung und Gesetzen verankert. Schon bisher tat sich die Regierung schwer, dieser Verpflichtung nachzukommen. Mit Avanti wird das Parlament, das uns schon den überbissenen Pseudo-Gegenvorschlag be-

schert hat, über die Bauvorhaben beschliessen können – ohne weitere Volksbefragung.

Das Argument, nach den Bahngrossprojekten müsse nun die Strasse wieder zum Zuge kommen, widerspricht nachhaltiger Politik. Eine solche wäre sparsam, umweltverträglich sowie sozial und würde vernünftige Prioritäten setzen.

Falsche verkehrspolitische Signale nach Europa

Ein Ja zum Avanti-Gegenvorschlag wäre ein fatales Signal an die EU. Galt die Schweiz in Sachen Verkehrspolitik bisher als Vorbild, erhielte die EU mit Avanti faktisch die Aufforderung, noch mehr Camions Richtung Schweiz zu schicken. Generell würde der verkehrspolitische Druck auf die

EU abnehmen, die Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene voranzutreiben.

Die Auswirkungen von Avanti wären katastrophal:

- Lawine von EU-Lastwagen
- Mehr Staus
- Mehr Unfälle
- Höhere Benzinpreise, um das Riesenpaket zu finanzieren.
- Weiterer Verzug beim Lärmschutz, dessen Frist bereits jetzt aus finanziellen Gründen auf das Jahr 2020 hinausgeschoben wurde.
- Weitere Aufheizung unseres Klimas

**Deshalb am 8. Februar 2004
NEIN zum Avanti-Gegenvorschlag!**



8. Februar: **Nein** zum 30-Milliarden- Avanti-Bschiss!